

Brexit

„God saved continental Europe from the Brits by establishing them on an island“

Gottfried Schellmann, Wien 2018 04 11



Rückblick

» Beitritt

» UK kein Gründungsstaat

- › Beitritt erst nach Rückzug Charles De Gaulles' möglich; 2 maliges Veto.
- › Beitrittsverhandlungen 1972 die Heath (Tories) Regierung.
- › Beitritt zum 1.1.1973, gemeinsam mit Dänemark und Irland.
- › Schon damals wurde der Beitritt Gegenstand eines Referendums, Harold Wilson versprach ein solches im „Election Manifesto“ der Labour Party 1974, gewann die Wahl und setzte ein Referendum 1975 an, in dem rd. 2 Drittel der Briten für den Verbleib stimmten.
- › Unzufriedenheit mit den Beitrittsbedingungen, wegen Asymmetrie der Finanzierung der EU. UK hatte auf Grund der Eigenmittelentscheidung (Beschluss des Rates 70/243) Nachteile, weil es vergleichsweise geringe Transfers aus dem CAP bekam und auf Grund der offenen Handelspolitik vergleichsweise mehr an Zöllen und Ausgleichsabgaben einzahlte.

Rückblick

» Entwicklung der Verträge

» Thatcher

- › Britenrabatt war Folge der Einbeziehung der MwSt. in die Eigenmittel, höhere Zölle und geringe Teilhabe an den Zahlungen des CAP führten zum Rabatt, der bis heute gilt. Einigung im Rat von Fontainebleau 1984.
- › Ergebnis. Rd 66% der Differenz aus Einzahlungen und Auszahlungen werden erstattet (2016 waren dies 5.2 Mrd).
- › Sie unterstützte die Europäischen Einigungsakte; Aufgabe des Einstimmigkeitsprinzips.

» Major

- › Maastricht-Vertrag, keine Teilnahme an der gemeinsamen Währung (nun Protokoll 15), Verhandlung des Vertrages von Amsterdam, keine Teilnahme am Schengenraum (nun: Protokoll 19, 20) und Optionsrecht für den Raum der Freiheit der Sicherheit und des Rechts (nun: Protokoll 21).

Rückblick

» Entwicklung der Verträge

» Blair

- › Konnte vom versprochenen Referendum Abstand nehmen, weil es zu keinem Verfassungsvertrag kam (Referenden in Frankreich und den Niederlanden dagegen).

» Brown

- › Unterzeichnete Vertrag von Lissabon.

» Cameron

- › In election Manifesto 2010 bereits Referendum angekündigt. Ebenso Lib - Dems. In der Folge Probleme mit Rechtsprechung des EuGH (C-411/10) zum Fremdenrecht. Weigerung der Zustimmung zur Änderung des Vertrages für die Stabilitätsbemühungen. Folge war der Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung der Wirtschafts- und Währungsunion (BGBI III 17/20013). Erstmals Reduzierung des EU-Budgets 2013 (2014 – 2020). 2014 Opting out aus 130 Rechtsakte, des Dritten Teils, Titel V.

Trennungsprozess

» Versprechen der Abhaltung eines Referendums im Fall des Wahlsieges

- › In allen election Manifestos, war ein solches Versprechen enthalten
 - Grund innerparteilicher Druck signifikant gestiegen. Erfolg von UKIP bei der Europawahl (2014 29% in UK, 24 (+11) von 73 Sitzen, Tories 20).
 - Versuch eine Vertragsänderung für die Briten herauszuholen. Cameron scheiterte vor allem im Bereich der Personenfreizügigkeit.
 - Druck war wegen der Migrationskrise gestiegen, weil Asylberechtigte die gleichen Freiheiten in der EU hätten. Was nicht stimmte. Asylberechtigte sind wie Nicht-EU Bürger mit langer Aufenthaltsdauer zu behandeln (RI 2003/109/EG; geändert durch RI 2011/51). Das heißt nicht für UK anzuwenden (Dritter Teil, Titel V.)
- › Referendum (European Referendum Act 2015),
- › Ergebnis: Wahlbeteiligung 72%, 51,9% yes, 48,1% no).

Trennungsprozess

» Prozess nach Art 50

- › Brief an den Europäischen Rat durch die Regierung 29. März 2017
 - Davor Miller Judgement ((2016) EWHC 2768) – Verhandlungen und Prozess fallen nicht unter den „Prerogative Powers of the Crown“, daher ist auch das Parlament in die Verhandlungen und die Austrittsergebnisse einzubinden, weil es der Änderung des European Community Acts 1972 bedarf.
- › Entweder wird ein Austrittsvertrag binnen 2 Jahren abgeschlossen,
 - Oder auf Grund eines einstimmigen Beschlusses im Rat einer Verhandlungsverlängerung zugestimmt wird,
 - Oder nach 2 Jahren scheidet das austrittswillige Mitglied aus, ohne Vertrag.
- › Der Europäische Rat hat Richtlinien zu erlassen, die die Kommission bei den Verhandlungen einzuhalten hat (Art 218 (3)).
- › Der Vertrag ist mit einfacher Mehrheit im Rat zu beschließen.

Trennungsprozess

» Ansätze der Kommission

› Zwei Phasen Modell

- Einigung über die Grundsätze, die sind
- 1. Die grundsätzliche Einigung über die Rechte der in der EU und in UK ansässigen EU – Bürger.
- 2. Einigung über die Berechnungsmethode der Zahlungen, die UK noch zu leisten hat.
- 3. Einigung über eine sanfte Lösung betreffend Nordirland.

› Einigung am 8. Dezember 2017 über die Grundsätze erzielt.

› Details sind zu verhandeln. Entwurf eines Austrittsvertrages der Kommission wurde bereits vorgelegt (TF50(2018)33 – Commission to EU 27).

» Ansätze UK's

- ### › White Paper der Regierung und des Parlaments liegen vor. Withdrawal Bill (HL Bill 79) Entwurf Jänner 2018. Problem ist Nord Irland und die „Hardliner“ wie Jacob Rees-Moog

Folgen des Austritts

» Finanzierung der Fonds

- › UK zahlt rd. 10 Mrd. EUR netto in das System, ein Geld das fehlt
- › Auswirkungen auf die Regionalfonds
 - Regionalfonds: Sollen die Kohäsion herstellen. Zuschüsse werden auf Grund volkswirtschaftlicher Daten berechnet. Nuts I, II, III.
 - Mit dem Austritt der EU sinken die Wohlstandsparameter allgemein. Das bedeutet die Zahlungen in die unterentwickelten Regionen werden insgesamt geringer. Das heißt nur durch den Austritt, aber auch wegen des gestiegenen Wohlstandes in den östliche Regionen, ist mit etwa einer niedrigeren Auszahlung in der Höhe bis zu. 5 zu rechnen.
 - Im Bereich der Landwirtschaft wird sich in der Säule I wenig ändern. In der Säule II, das ist die Förderung des ländlichen Raums, sind Abstriche zu machen, weil weniger Geld zur Verfügung stehen wird.

Folgen des Austritts

» Sonstige unmittelbare Folgen

- › Abkommen im Bereich Aviation mit den USA
 - Wie erfolgt die Aufteilung der slots?
 - Wie erfolgt die Aufteilung mit Quoten, etwa für Rindfleisch aus den USA?
- » Gesamte Rechtsakte, die zu verhandeln sind
 - › 20.400 Richtlinien, Verordnungen, Entscheidungen
- » Sonderproblem Banken, Finanzdienstleistungen
 - › Die Kapitalverkehrsfreiheit umfasst grundsätzlich auch die Drittstaaten. Das heißt Überweisungen etc. sind auch nach dem Austritt von möglich.
 - › Aber die Vorschriften über die Bankenunion beschränken die unmittelbare Geschäftstätigkeit von Banken aus Drittstaaten in der EU (sog. passporting)
 - › Es gibt mehrere Modelle, etwa die gegenseitige Anerkennung der Regulative. Nur UK will keine rigide Vorschriften der EU wie VO 1024/2013, VO 1022/2013; VO 575/2013; überhaupt den Umbau der Bankenunion

UK als Handelspartner

- » UK ist der größte Nettoimporteure von Waren aus der EU
 - › UK exportiert Waren in die EU im Wert von 143 Mrd. GBP (2016)
 - › UK importiert Waren aus der EU im Wert von 232 Mrd. GBP (2016)
 - › 800.000 Autos, die in Deutschland erzeugt werden, gehen nach UK.
 - › Dienstleistungsbilanz: UK Exporte im Wert von GBP 90 Mrd. und Importe von 78 Mrd. GBP
 - › Direkt Investitionen betreffend ist UK ein Netto Kapitalimporteure gegenüber den Mitgliedstaaten der europäischen Union. 615 Mrd. GBP
Auslandinvestitionen, stehen 675 Mrd. GBP gegenüber. Das heißt im Falle einer Nichteinigung betreffend der Steuern, hat UK einen kleinen Vorteil.

Formen möglicher Kooperationen

» Hard Brexit

- › Heißt Rückfall Position auf das WTO Recht.
- › Würde an sich die EU mehr treffen als Großbritannien, weil etwa 100 Mrd. EUR mehr an Waren nach UK exportiert werden.

» Irland Sonderlösung

- › Politisch brisant, weil auf Grund des „Good Friday Agreements“ alle Parteien in der Regierung vertreten sein sollen. DUP (Democratic Unionist Party) bilden derzeit keine Regierung mit den übrigen Parteien. Wollen keine Sonderlösung, weil sie damit eine Entfremdung von UK fürchten. Gleichzeitig sind ist die DPU Koalitionspartner der Tories im House of Commons.
- › Rechtlich wäre auf Grundlage des Art XXIV (3)(a) GATT ein Möglichkeit gegeben. Eine ähnliche Regel gilt für Nordzypern (VO (EG) 866/2004).

Divorce Bill

» Was muss UK wirklich zahlen?

- › Es ist eine Übergangszeit bis Ende 2020 in Aussicht gestellt. Das ist auch sinnvoll, weil die Budgetperiode bis dahin endet. Das bedeutet, dass die UK für die Jahre 2019, ab April und 2020 rd. 33 Mrd. zu zahlen hätte, aber rd. 12 Mrd. aus den Fonds zurück erhält.
- › Hinzu kommen die Überhänge aus dem „RAL“, (reste a liquider), das sind Überhänge aus Zusagen innerhalb einer Periode, die aber noch nicht zur Auszahlung gekommen sind. Man spricht von rd. 21 Mrd. für UK (Independent). Das ist zu hoch. Weil das hieße, dass UK etwa 30% der Überhänge zu zahlen hätte.
- › Hinzu kommen die Verpflichtungen aus den Pensionsansprüchen britischer Beamter. Derzeit zahlt die EU in das Pensionssystem für die Beamten rd. 450 Mio. ein (L 51/2017). Daraus lässt sich in etwa eine Verpflichtung von rd. 2 – 3 Mrd., weil die Personalausgaben steigen, gleichzeitig aber die Beiträge der aktiven Mitarbeiter sinken (Brueghel Post) ableiten.

Steuern

» Möglichkeiten

- › UK wird nicht mehr Teil der Zollunion sein, das heißt
 - Grenzen und im Bereich der Umsatzsteuern und Verbrauchsteuern kommt es zu einem Grenzausgleich. Das ist nicht unbedingt ein Nachteil, weil damit viele Risiken, die sich aus dem Binnenmarkt ergeben, für die Importeure/Exporteure wegfallen. Während der Übergangszeit bleibt es bei der Anwendung der RI 112/2006.
 - Die Zollverfahren sind elektronisch vorgesehen und daher kaum ins Gewicht fallend. Es fallen die Aufzeichnungspflichten aus der Umsatzsteuer weg und an diese Stelle treten die Zollverpflichtungen
 - Probleme entstehen für Autoproduzenten entstehen. UK erzeugt rd. 1.7 Mio. Einheiten. Vorlieferanten haben vor allem im Bereich Ursprungsnachweise einen höheren Aufwand.
 - Ertragssteuern: Entweder es kommt zu einer Vereinbarung wie mit der Schweiz für Konzernunternehmen, oder die Doppelbesteuerungsabkommen greifen.

Fortsetzung der Abkommen

» „State succession rules“ anwendbar?

- › Derzeit hat die EU 1247 bilaterale Abkommen abgeschlossen (<http://ec.europa.eu/world/agreements/SimpleSearch.do>).
- › Kann UK diese Abkommen fortsetzen?
 - Grundlage wäre Art 34 der Vienna Convention of Succession of States in Respect of Treaties (1978)., derzeit haben 22 Staaten das Abkommen ratifiziert, davon 5 EU Staaten, aber nicht die EU selbst. Diese ist zwar kein Staat, aber dennoch als Völkerrechtssubjekt angesehen wird und auch Völkergewohnheitsrecht zu beachten hat (Art 47 TEU, C-379/92; C-308/06). Völkerrechtlich ist die EU wie eine Föderation von Staaten anzusehen, aus der auch Staaten ausscheiden können.
 - Daher ist es denkbar, dass für eine Übergangsfrist, die Verträge, so auch die gemischten Verträge mit den Vertragspartnern der EU auch durch UK fortgesetzt werden.
 - Änderungen ergeben sich aus der Natur der Verträge. Ob UK die gleichen Interessen gegenüber manchen Staaten durch die EU hat, etwa die Nachbarschaftsstrategien ist für jedes Abkommen zu überprüfen.

wts

Mag. Gottfried Schellmann

WTS Tax Service Steuerberatungsgesellschaft mbH
Am Modenapark 10, 1030 Wien
T: +43 1 24 266
E: gottfried.schellmann@wts.at



WTS Tax Service Austria



wts.at | wts.com

wts